Das linguistische Manifest

Fünf Schriftsteller und ein Germanist fordern die Einführung von "Österreichisch als eigene Sprache". Eine Aufnahme von Österreichisch als Quasi-Staatssprache in die Verfassung, die Erweiterung der EU-Liste typisch österreichischer Wörter und ein finanzieller Boykott der "deutschen Rechtschreibreform": Das sind die Kernpunkte eines Manifests, das die Autoren Marlene Streeruwitz, Robert Schindel, Peter Henisch, Roland Neuwirth, Christian Ide Hintze und der Grazer Germanist Rudolf Muhr unterzeichnet haben. Anlass ist die aktuelle Diskussion über die Rechtschreibreform.

Liste soll ergänzt werden

In dem Aufruf wird die Regierung aufgefordert, die Liste der von der EU anerkannten 23 "österreichischen" Begriffe wie "Eierschwammerl", "Erdäpfel", "Fisolen" "Karfiol" und "Paradeiser" zu erweitern.

In dem in alter Rechtschreibung verfassten Text heißt es außerdem, dass die Bundesregierung keine weiteren finanziellen Mittel für die "deutsche" Reform zur Verfügung stellen solle - "keine Gelder für eine Rücknahme, auch keine für eine Volksabstimmung über 'alt' oder 'neu'".

Studie über "sprachliche Eigenarten"

Auch in Zukunft solle sich Österreich an keiner "deutschen Rechtschreibreform" mehr beteiligen und "die eingesparten Mittel für die Förderung eines österreichischen und europäischen Sprachbewußtseins (sic!)" verwenden.

Nach Ansicht der sechs Künstler und Wissenschaftler soll stattdessen in eine Untersuchung investiert werden, ob die Bewohner Österreichs ihre sprachlichen Eigenarten nicht nur sprechen, sondern auch schreiben wollen.

Aus Fehlern der Reform lernen

Bei einem positiven Ergebnis müsse ein aus Schriftstellern und Sprachwissenschaftlern zusammengesetztes Gremium mit der Entwicklung einer "österreichischen Schriftsprache beauftragt" werden.

"Bei dieser Arbeit sollte darauf geachtet werden, aus den Fehlern der deutschen Rechtschreibreform zu lernen", heißt es. Auch der "europäische Kontext" und "die eigene multilinguale Vergangenheit" müssten berücksichtigt werden.

Verfassung soll ergänzt werden

In die Verfassung wiederum sollte dann die derzeitige Formulierung "Die Staatssprache ist Deutsch" durch "Die Staatssprache ist Österreichisch in einem europäischen Kontext", "Die Staatssprache ist Österreichisches (sic!) Deutsch" oder "Die Staatssprachen sind Deutsch und Österreichisch" ersetzt werden.

Darüber hinaus müsse die Regierung "alles dafür tun, die Sprache der Bewohner und Bewohnerinnen dieses Landes als eigenständige EU-Sprache durchzusetzen".

SfD sammelt Unterschriften

Die Wiener Schule für Dichtung (SfD), die das Manifest initiiert hat, plant offenbar eine Unterschriftenaktion zum Thema: Auf ihrer Website kann man sich den Manifest-Text für den Eigenbedarf herunterladen.

SfD-Leiter Christian Ide Hintze hatte sich bereits am Dienstag von der Rechtschreibreform distanziert: "Sollen sich doch die Deutschen den Kopf darüber zerbrechen, was 'gutes Deutsch' ist, und uns inzwischen mit unseren Austriazismen, Viennenses usw. in Ruhe lassen!"

Seit fünf Jahren gegen Reform

Bereits 1999 hatte die SfD in einem

Manifest die Beibehaltung der alten Rechtschreibung, aber auch die Einführung der "radikalen Kleinschreibung" gefordert (die in der aktuellen Aufruf allerdings nicht zur Anwendung kommt).